SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Ausschussdienst und
Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

20. Wahlperiode – 65. Sitzung

am Donnerstag, dem 17. September 2026, 13:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD), Vorsitzender
Peer Knöfler (CDU)
Anette Röttger (CDU)
Wiebke Zweig (CDU)
Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Anne Riecke (FDP)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Martin Balasus (CDU)
Beate Nielsen (CDU)
Uta Röpcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung: **Seite**

1. Anhörung....4

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes....4

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 20/4528
(überwiesen am 19. Juni 2026)

2. Verschiedenes....7

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, eröffnet die Sitzung um 13:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Anhörung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 20/4528

(überwiesen am 19. Juni 2026)

hierzu: Umdrucke 20/6944, 20/7026, 20/7107, 20/7137, 20/7141, 20/7153, 20/7155

Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen in Schleswig-Holstein
Birte Lindenthal, Forum Sozial
Umdruck 20/7141

Dansk Skoleforening for Sydslesvig e.V.
Ralf Feddersen (per Video)
Umdruck 20/7153

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Schleswig-Holstein
Manuela Samland, Geschäftsführerin
Umdruck 20/7026

Die drei Anzuhörenden tragen ihre Stellungnahmen vor. Sie wünschen sich, dass die Expertise der Schulen in freier Trägerschaft genutzt werde, die Sachkosten anhand einer aktuellen Datengrundlage realistisch kalkuliert würden und die Schulen in freier Trägerschaft „nicht in den nächsten unterfinanzierten Baustein gehen“. Die Verbände hätten im Jahresgespräch mit

der Bildungsministerin darauf hingewiesen, dass eine Ganztagspauschale von 300 Euro nicht auskömmlich sei und nicht einem Eigenanteil von 25 Prozent entspreche.

Die Abgeordneten Herdejürgen und Waldinger-Thiering fragen, wie die Höhe von 300 Euro zustande komme.

Herr Feddersen findet es bitter, dass der Dänische Schulverein aus finanziellen Gründen nicht allen betroffenen Familien einen rechtsanspruchserfüllenden Ganztagsplatz anbieten könne. In den Berechnungen des Landes seien Personalausgaben, Sachkosten und Elternbeiträge enthalten, der kommunale Anteil davon betrage 25 Prozent. In seiner in Umdruck 20/7153 vorgenommenen Berechnung orientiere er sich stark an der Praxis. Selbst wenn man mit den geringsten Personalkosten und maximalen Elternbeiträgen rechne, komme man auf einen kommunalen Anteil von 485 Euro.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die Ganztagspauschale nach der Beispielrechnung des Bildungsministeriums für die zukünftige Förderung der Betriebskosten von besetzten rechtsanspruchserfüllenden Ganztagsplätzen (siehe 54. Bildungsausschusssitzung am 15. Januar 2026) 859 Euro pro Schüler und Jahr betrage. Es sei ungerecht, die Berechnungen für die Schulen in freier Trägerschaft auf Daten aus früheren Jahren zu gründen, in denen das Land den Ganztag noch viel niedriger bezuschusst habe.

Auf eine Frage der Abgeordneten Riecke erwidert Herr Feddersen, die Schulen des Dänischen Schulvereins hätten einige Investitionsmaßnahmen umgesetzt, hätten allerdings mit einem eigenen Pool an Mitteln mehr machen können als mit dem Investitionsprogramm des Landes.

Abgeordneter Krüger legt Wert darauf, dass der Bildungsausschuss zu dem ihm im vierten Quartal 2026 vom Bildungsministerium vorzulegenden Bericht zur Kostensituation der Ersatzschulen eine Anhörung durchführt.

Frau Samland weist darauf hin, dass sie die Zahlen der vom Vorsitzenden genannten Beispielrechnung des Landes und den Betriebskostenrechner zugrunde gelegt habe. Es sei unfair, dass die Schulen in freier Trägerschaft finanziell schlechtergestellt würden als die öffentlichen Schulen.

Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Riecke antwortet Frau Lindenthal, der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz richte sich gegen den örtlichen Jugendhilfeträger. Die Ersatzschulen seien nicht in der Pflicht, einen offenen Ganztag anzubieten.

Der Bildungsausschuss strebt an, in seiner nächsten Sitzung, am 1. Oktober 2026, über den Gesetzentwurf abzustimmen.

2. Verschiedenes

Die nächste Sitzung des Bildungsausschusses findet am 1. Oktober 2026 ganztägig statt.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, schließt die Sitzung um 14:20 Uhr.

gez. Martin Habersaat Vorsitzender	gez. Ole Schmidt Geschäfts- und Protokollführer